

## **Eckpunktepapier zur Finanzierung der sozialen Arbeit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege für die Koalitionsgespräche**

Die Freie Wohlfahrtspflege wirkt als Teil der Sozialwirtschaft – und damit Dritter Sektor neben dem Staat und der gewinnorientierten Privatwirtschaft – auf eine solidarische, gerechte, inklusive Gesellschaft hin.

Die in der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband sind gemeinwohlorientiert und wertebunden tätig.

Ihre Leistungen erbringt die Freie Wohlfahrtspflege nach dem von der Verfassung geprägten Grundsatz der Subsidiarität.

Mit ihren über 200.000 Beschäftigten und über 40.000 Ehrenamtlichen kommt die Freie Wohlfahrtspflege ihren Aufgaben in komplexen verbandlichen und unternehmerischen Strukturen nach. Sie leistet für die soziale Gestaltung unserer Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag: Jede Bürgerin und jeder Bürger in Rheinland-Pfalz kommt auf die eine oder andere Weise mit Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Berührung und profitiert davon. Ihre Dienstleistungen reichen u.a. von der frühkindlichen Bildung und Betreuung, z.B. in Kindertagesstätten, über freigemeinnützige Schulen, Beratungsstellen, Bildungsstätten, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Frauen- u. Familieneinrichtungen bis hin zu Altenpflegeeinrichtungen und Hospizen.

Weitgehend unbekannt ist immer noch, dass die die Freie Wohlfahrtspflege als zivilgesellschaftlich organisierte Säule der Sozialwirtschaft nicht nur zur Wertschöpfung, sondern generell auch zum gesellschaftlichen Mehrwert beiträgt.

**Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege fordert, dass die Finanzierung der sozialen Arbeit in Rheinland-Pfalz grundlegend auf neue und stabile Füße gestellt und dabei die Gleichheit der Lebensverhältnisse in allen Regionen gesichert wird!**

Die Freie Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz sichert mit erheblich gestiegenen Eigenanteilen, die so nicht mehr tragfähig sind, die soziale Infrastruktur in unserem Land. Neben der Tatsache, dass die Träger für staatliche Daseinsvorsorge bereits Regieaufwand und die Verantwortung als Arbeitgeber tragen, übernehmen sie die volle Haftung, sichern die Qualität und unterstehen öffentlicher Beobachtung. Land und Kommunen verlangen darüber hinaus zusätzliche Eigenanteile durch erhebliche Barmittel, die teilweise über 30 % der Kosten hinausgehen.

Dabei ist nicht nur die monetäre Beteiligung an der Finanzierung der sozialen Dienstleistungsbereiche wie Beratungsstellen und andere Organisationen zu sehen, sondern auch die fachliche, anwaltschaftliche und infrastrukturelle Sicherstellung der Arbeit, die als Leistung der Wohlfahrtspflege nicht aus dem Blick geraten darf.

Die Sozialwirtschaftsstudie der LIGA mit dem passenden Titel „MehrWertSchöpfung“ hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass staatlich investierte Kosten in die soziale Arbeit zu 70 % wieder an den Staat und in den Markt zurückfließen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren Träger sozialer Dienstleistungen können nicht immer weiter zusätzliche Mittel in das System sozialer Sicherung geben und dies, wie u.a. auch im Bereich der Kitas, bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben.

Die Corona-Krise hat diese Situation vielfach verschärft. Mehrkosten der Leistungserbringung und Mindereinnahmen, bedingt durch Einnahmeausfälle, sind überwiegend allein von den Trägern als Risiko zu übernehmen.

Im Blick auf den Landesaktionsplan Armut und die Folgen von Corona wird es entscheidend sein, ob es uns gelingt, Menschen, die ohnehin schon in sozialen Schieflagen sind, und Corona diese weiter verschärft hat, so zu unterstützen und zu begleiten, dass sie ein eigenständiges und stabiles Leben führen können. Dazu braucht es zusätzliche Mittel für eine tragfähige soziale Infrastruktur.

Wir müssen **weg von einer Festbetrags- und Zuwendungsfinanzierung** unserer Dienste und Einrichtungen, hin zu einer angemessenen Refinanzierung sozialer Arbeit, die Personalkostensteigerungen auf der Basis von anerkannten Tarifen und auch Sachkostensteigerungen berücksichtigt.

Wir müssen **weg von projektorientierten Finanzierungen**, die eine große Unsicherheit bei den Mitarbeitenden und den Nutzerinnen und Nutzern verursacht und die ein effizientes Arbeiten nicht ermöglicht.

**Wir brauchen** eine solide, auf Kontinuität angelegte Förderung der sozialen Arbeit in allen genannten Feldern. Grundständige soziale Arbeit immer wieder als Projekte zu finanzieren ist nicht nachhaltig wirksam und gefährdet systemrelevante Angebote.

**Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege erwartet von der neuen Landesregierung die Bereitschaft, die Refinanzierung der sozialen Arbeit von Grund auf neu und verlässlich zu organisieren.**

Mainz, im April 2021

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz**

Löwenhofstr. 5

55116 Mainz

Tel.: 06131-22 46 08

Fax: 06131-22 97 24

E-Mail: [info@liga-rlp.de](mailto:info@liga-rlp.de)

URL: [www.liga-rlp.de](http://www.liga-rlp.de)